

Verantwortl. Redakteur: N. D. Köhler in Stettin.
 Verleger und Drucker: N. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: 50 Mk.

Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Botenlohn 2 Mk.

eigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt

Spanien—Amerika.

Vom gestrigen Tage liegen folgende Telegramme vor:

Nach der Meldung des „Für. Reuter“ aus Washington erhielt der spanische Gesandte Bernabe eine Drahtung aus Havanna, worin mitgeteilt wird, das autonomistische Kabinett habe an die Aufständischen die Anforderung gerichtet, einen Waffenstillstand zur Festung von Friedensbedingungen zu vereinbaren, da sie ja als Kubaner seien und sich zur Erlangung von Frieden und Freiheit vereinigen sollten. Später sei bereit, die Autonomie auszuweihen, und werde ihnen darauf bezüglichen Plan den Kortes unterbreiten. — Nach derselben Meldung hielten die republikanischen Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses des Repräsentantenhauses eine Versprechung ab und beschloßen, eine Resolution einzubringen, im Wesentlichen ähnlich der im Senats eingebrachten, dahingehend, die Republik Autonomem.

Nach einer Drahtung der N. Y. Trib. aus Washington bekräftigte der gestrige Verlan der Dinge die Ansicht, daß es gelingen werde den Kongreß davon abzubringen, die Antwo Spaniens zum Anlaß einer sofortigen Krieg erklärung zu machen.

Ueber den angeblichen Schritt des Papstes zur Beilegung des spanisch-amerikanischen Streites enthält der „Osservatore Romano“ zwei besonderen Mittheilungen. Das Blatt beschränkt sich darauf, die Versepben über diese Angelegenheit ohne Kommentar zu veröffentlichen.

Aus Rom meldet man der N. Fr. Pr. die Großmächte berathen über die Form, welche der gemeinsamen Intervention in Madrid u. Washington zu geben sei. Auf der Konfult glaubt man, daß diesem Schritte kein Hindernis entgegensteht.

Washington, 4. April. (Weibung d. „Neueren Bureau“.) Präsident McKinley theilte heute den Mitgliedern des Kongresses das Gerücht von einer Vermittelung seitens d. Papstes mit, ungebührlich, er wisse nichts davon. McKinley fügte hinzu, er erwarte nämlich ein Kabeldepesche der spanischen Regierung mit der Benachrichtigung, daß den Aufständischen d. Kuba ein formeller Vorschlag wegen des Waffenstillstandes gemacht sei.

England in China.

Die „*Asien. Btg.*“ führt in einem Artikel über die Abtretung von Weibaiwei an England, dieser Bezirk sei von dem deutschen Reich staatslos durch hohe Gebirgskette derart getrennt, daß sowohl von militärischer wie von wirtschaftlicher Seite aus eine Neubelegung so wie ausgeschlossen sei. Für England aber ist die Frage der bevorstehenden Besetzung Weibaiwei auf der Hand. Denn wenn dieses Gebiet in russische Hände fallen und Rußland der Zugang zum Golf von Peking und damit zum Herzen der chinesischen Verwaltung ausschließlich beherrscht werden würde, so wäre klar, daß Englands Einfluß in China niemals wieder einbringende Einbuße erleben würde. Das Blatt schließt: „In Beziehungen zwischen England und Rußland denkt jedenfalls der letzte englische Schritt Verschlechterung. Diese entgegengesetzte Einstellung gegenüber Rußland ist unweigerlich darauf zurückzuführen, daß Angesichts des uns scheinlich zwischen Rußland und Japan erzielten Uebereinkommens, wonach Rußland Korea Japans Einflußbereich zurückgibt, dafür freie Hand im Golf von Peking erhält, England genöthigt sieht, die Ueberwachung seiner Interessen in Nordchina selbst in die Hand zu nehmen.“

Wie das „Neutrality Bureau“ erfährt, wird England von Weihaiwei Besitz ergreifen, sobald China im nächsten Monat den Restbetrag der Kriegsschädigung bezahlt haben und die Weihaiwei geräumt haben wird. Die provisorische Abtretung erfolge mit Zustimmung Japans, welchem zuvor eine Vereinbarung abgeschlossen worden ist.

Im englischen Unterhause erklärte der Parlaments-Untersekretär des Aussenen auf eine Anfrage, soweit ihm bekannt, folgende Angaben über die Lage in China: Rußland, falls England Port Hamilton nicht unter seinen Umständen forensisches Gebiet setzen würde. — Veresford fragt an, richtig sei, daß die russische Regierung an März versicherte, Talienwan und Port A werden dem fremden Handel wie andere Chinas geöffnet werden, ferner, daß am März die weitere Verzögerung gegeben von Talienwan werde dem fremden Handel ge- sein und den Schiffen aller befreundeten Na- dort die größte Kauffreundschaft gewährt werden, sowie ob die Weglassung Port Arturs dieser russischen Zirkularbeide nur ein sehen gewesen sei. Gutzon erwidert auf beiden ersten Fragen bejahend und fügt tlich der letzten Frage hinzu, auf die Weglo- Port Arturs in der letzten Note sei die merklichkeit des russischen Ministers des wärtigen Grafen Murawiew sofort ge- worden; dieser habe dem englischen Botsch- in Petersburg entgegnet, daß er an den März gegebenen Versicherungen festhalte. (Be- — An Walfour wurde sodann eine Anfr- treffend die Abtretung von Waisaiwei an En- gerichtet; er erwiderte, darüber werde er morgen anlässlich der im Laufe abzuge- Erklärung über die Politik der Regierung künftigen geben. Auf eine Anfrage Morays den Stand der Angelegenheiten zwischen En- und den Vereinigten Staaten erklärt Wal- er könne nur sagen, daß diese Frage in Hauptstadt zu beiden Seiten des atlanti- Ozeans Besorgnisse verursache und daß be- unmittelbar davon betroffenen Regierungen starke Wunsch vorhanden sei, den Fried- wahren. Walfour schließt: „Was wir können, wird geschehen.“

Der Zola-Prozeß.

Auf die Unzuträglichkeit eines
schwurgerichtlichen Verfahrens gegen Zola
reits hingewiesen worden. Die Regierung
schwer geschädigt werden, falls Zola und

Vertheiliger von neuem verlangten, daß die Anklage auf alle Punkte des vielerörterten Artikels „Ja, couse!“ ausgedehnt würde. Wurden doch auch der Kriegsminister, General Billot, und die Generale des Großen Generalstabes in dieser Artikel angeblich verleumbt, so daß die Beweisaufnahme im neuen Schwurgerichtsverfahren einen viel größeren Umfang annehmen würde als vor den Pariser Geschworenen. Es brauchte nun kaum gesagt zu werden, daß die Widerspruchssache über die Entscheidung des Kassationshofes und toben und daß die Opposition die Gelegenheit, dem Cabinet Melne hart zuzusetzen, nicht vorübergehen läßt. Rogefort erklärt in dem doppelten Eigenschaft eines Feindes Zola von der Regierung, wenn diese nicht dafür Sorge trage, daß Zola noch einmal rechtsgültig verurtheilt werde, so müsse sie gewärtigen, daß ein Republikaner, nicht internationalistischer Sozialist, das ganze Heer, ein ansehnlicher Theil des Richterstandes und weitaus die Mehrheit der Bourgeoisie sich gegen die Verträge erheben. Der Kassationshof, schreibt der Chef-Redakteur des „Intransigeant“, werde ohne Zweifel seine Dienstverweigerung gegen die Regierung schwer büßen müssen. Senator Ranc ist dagegen überzeugt, daß alle Drohungen des Kriegsministeriums und der Jesuitenschule der Rue du Postes, welche die Zöglinge für die Disziplin Sainte-Eyre und die polytechnische Schule vorbereiten, am Kassationshofe abprallen werden. Der Rath Chambard und der Generalstaatsanwalt Manau, sagt er, stehen als Nechtsgeliebte und als Bürger so hoch, daß man ihnen nicht weid anhaben können. Für Herrn Manau ist eine Ehre, daß die Klümmen der Vornamengehungem gegen ihn vorliegen. Die Salbung des Ministerpräsidenten Melne findet vor den Augen Rancs keine Gnade. Er nennt es grotesk und lächerlich, daß der Premier die Eiderndungswilliger des Kriegsgerichts versprach, gläubig aber nicht, daß dieses eine Vorleumdung gegen Zola anhängig machen werde. Wogu an da die Kammern bald auseinandergehen werden und keine Interpellation mehr zu bestricken Ranc vermuthet, der Handel werde durch hochtrabende Habas-Rede erledigt werden. Infolgs, da das Urtheil des Schwurgerichts wegen eines Formfehlers kassirt wurde, so bestärkt die moralische Wirkung des Wahspruchs der Geschworenen gegen Emile Zola noch immer und haben folglich das Kriegsgericht und Große Generalstab volle Genugthuung erhalten.

Ein Mitarbeiter des „Temps“ hat gestern gefragt, was er von den gestern im „Epublizisten“ Enthüllungen halte. Esterhazy antwortete, er messe den Artikeln gewisser Mäße keine Wichtigkeit bei, und lehnte ab, sich zu Enthüllungen zu äußern. Die ganze Esterhazy-Presse schweigt gleichfalls über die Enthüllungen.

Der „Jour“, das eigentliche Reib-
Esterhazy's, welches auch die Enthüllungen
seinem Worte erwähnt, bringt einen Artikel,
nur darum interessant ist, weil er die Stimmung
zeigt, in die einige Persönlichkeiten durch
Annullirung des Jola-Prozesses gerathen zu
scheinen. Es heißt in dem Artikel: Da
Regierung und die Magistratur dem Verrä-
therrathen gehört, ließe der Armee nur
übrig, sich selbst Beispiel zu verschaffen.
glauben zu wissen, heißt es weiter, daß,
die geachteten und geliebten Chefs un-
Generalstabes sich gegen neue vom Aus-
begabte Infantrien zu wehren haben sollten,
in Frage kommenden Offiziere, einer Me-
sehr legitimer Entlassung weichen, sich we-
werden, die absoluten, unwiderrlegbaren, mater-
Beweise für den Verrath des Gtap-
Dresfus länger geheim zu halten. Hier tö-
erklären, daß die ungeheure Majorität
Armee genug hat, und daß sie bereit ist

Zurückenden, hat das Kriegsgericht noch nicht zusammenberufen. Ueber das Datum der Verhandlung ist noch nichts bekannt.

Die Eheverträge im Bürgerlichen Gesetzbuch.

Das Vertragsrecht der Ehegatten nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch für das Reich. Nach dem Art. 1 des Code muß der Ehevertrag vor der Ehe abgeschlossen werden und ist dann unabänderlich. Der Grundsatz der Unabänderlichkeit des Ehevertrags ist der lutherischen Ehevollziehung und Blut übergegangen. Er wird aber dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs seine Geltung verlieren. Denn nach § 1432 des Bürgerlichen Gesetzbuchs können Ehegatten ihre güterrechtlichen Verhältnisse durch Vertrag (Ehevertrag) regeln, insbesondere nach der Eingehung der Ehe den Gütern aufheben oder ändern. In den verschiedenen Staaten, die das Bürgerliche Gesetzbuch zur Beratung zu durchlaufen hatte, hat man versucht, dem Grundsatz des französischen Rechts über die Unwandelbarkeit des Ehevertrags zur gesetzlichen Anerkennung zu helfen; indeß haben hierbei sich die Anhänger der unbefchränkten Vertragsfreiheit auf die günstigen Erfahrungen, die man von derselben in einzelnen Rechtsgebieten gemacht habe. Dieser neue Grundsatz wird aber für den so größerer Bedeutung werden, vom 1. Januar 1900 an auf alle dann abgeschlossenen Ehen zur Anwendung gelangen wird. Dings bleiben nach dem Art. 200 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zum Bürgerlichen Gesetzbuch des Güterstandes einer zur Zeit des Inkrafttretens des Bürgerlichen Gesetzbuchs bestehenden Ehegatten nach dem bisherigen Gesetze maßgebend. Jedoch kann dort verfügt wird, eine nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs zulässige Regelung des Güterstandes durch Ehevertrag auch dann getroffen werden, wenn nach den bisherigen Gesetzen ein Ehevertrag unzulässig wäre. wird für alle bestehenden Ehen der Grund der Unabänderlichkeit des Ehevertrags vom 1. Januar 1900 an aufgehoben, denn dann alle Ehegatten Vereinbarungen treffen, bis dahin geltendes gesetzliches oder vertragliches eheliches Güterrecht abändern. Es wird empfohlen, daß diese Möglichkeit der

Veränderung der Eheverträge schon jetzt von allen Beteiligten ins Auge gefaßt wird, und namentlich diejenigen Personen, die den Vertragschließenden bei der Errichtung der Eheverträge mit Rath zur Seite stehen, diese bevorstehende Veränderung unseres Rechts berücksichtigen. Die Bräutleute sind in der Auswahl des vertragsmäßigen Güterrechts vollkommen unbefehligt. Sie können jedes güterrechtliche System ihrer Vertrag zu Grunde legen. Doch ist es unzweifelhaft, den Güterstand durch Verweisung auf ein nicht mehr geltendes oder auf ein ausländisches Gesetz zu bestimmen. Es wird also künftig nach dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs nicht zulässig sein, im Ehevertrag zu bestimmen, daß für den Güterstand irgend ein System des bisherigen rheinischen Rechts zur Anwendung kommen solle. Das wird für die Herstellung der Rechtseinheit im Reich von nicht zu unterschätzender Bedeutung werden. Denn wenn die Verweisung auf das alte Recht zulässig wäre, würde vermuthlich schon die Anfänglichkeit dieses Recht dahin wirken, daß es in den Eheverträgen möglichst konvertirt würde. Die stärkste Bedenken gegen die unbeschränkte Vertragsfreiheit der Ehegatten erhebt sich aus dem Interesse der Gläubiger. Diefem Bedenken ist das Bürgerliche Gesetzbuch durch die Beschränkung der Eintragung in das Güterrechtsregister abgeholfen. Wird nämlich durch Ehevertrag die Verwallung und Ausübung des Mannes ausgeschlossen oder geändert, so können ein Dritter gegenüber aus der Ausschließung der Veränderung Einwendungen gegen ein zwischen ihm und einem der Ehegatten vorgenommene Rechtsgeschäft oder gegen ein zwischen ihnen eingegangenes rechtskräftiges Urtheil nur herbeigeführt werden, wenn zur Zeit der Bornahme des Rechtsgeschäfts oder zur Zeit des Eintritts der Rechtshängigkeit die Ausschließung oder die Veränderung in dem Güterrechtsregister des zukünftigen Amtsgerichts eingetragen oder dem Dritten bekannt war. Das gleiche gilt, wenn eine in dem Güterrechtsregister eingetragene Regelung der güterrechtlichen Verhältnisse durch Ehevertrag aufgehoben oder geändert wird. Daraus ergibt sich, daß die am 1. Januar 1900 bestehenden Eheverträge auch wenn sie ein von dem Recht des Bürgerlichen Gesetzbuchs abweichendes Güterrechtssystem enthalten in das Güterrechtsregister nicht eingetragen werden brauchen, es sei denn, daß das Ausführungsgesetz des betreffenden Bundeslandes etwas anderes vorschreibt. Wohl aber unterliegt eine nach dem 1. Januar 1900 vorgenommene Veränderung eines geltenden Ehevertrags den Vorschriften des neuen Rechts. Ueber die Frage der Errichtung des Ehevertrags sagt unser geltendes Recht, daß der Ehevertrag vor dem Rath durch notarielle Urkunde errichtet werden müsse. Das Bürgerliche Gesetzbuch läßt, ausgeführt, die Beschränkung hinsichtlich des Ab schlusses vor der Ehe fallen und schreibt lediglich vor, daß der Ehevertrag bei der gegenwärtigen Anwesenheit beider Theile vor dem oder vor einem Notar geschlossen werden muß. Es genügt also nicht etwa ein Austausch von verschiedenen Beamten oder Notaren zu verschiedenen Zeiten abgegebenen Erklärungen.

Unfallversicherung.

Die Nr. 4 der Antlügen nach den des Reichs-Versicherungsamts vom 1. April 1898 enthält aus dem Gebiete Unfallversicherung folgende Refers-Entscheidung: Die Bestimmung des § 6 Absatz 6 des landwirtschaftlichen Unfallversicherungsgesetzes bei der Berechnung der Rente jugendlicher Personen über die körperliche Leistungsfähigkeit noch in Entwicklung begriffen ist, nicht zur Anwendung kommen. Das Vererben auf mehrere Walde gehört nicht zum forstwirtschaftlichen Betriebe, weil es, auch wenn es mit einem der Forstverwaltung ausgestellten Berechtigten erfolgt, ebenso wie die Gewinnung Kautschuk, Gras und meist auch von Kaffeebohnen außerhalb der eigentlichen wirtschaftlichen Betriebszwecke der Forstverwaltung für diese eher eine Unbequemlichkeit als Nutzen bildet und ihrem Betriebe nicht zugerechnet werden kann. Die Frage der etwaigen Zugehörigkeit des Vererbensamts als Theil oder Nebenbesitz zu einem landwirtschaftlichen Betriebe wird durch nicht berührt. Das Pflücken von Stienäpfeln und Tannenzapfen zum Zwecke des Handels mit Kiefern-Tannenzapfen unterliegt nicht der Versicherungspflicht und gehört insbesondere nicht zum landwirtschaftlichen Betriebe. Die Herrichtung des Brennholzes ist in der Regel hauswirtschaftliche, nicht aber eine landwirtschaftliche Arbeit; bei der Behauptung, daß Holz, bei dessen Bearbeitung sich ein Unreinigkeit ereignet hat, zum Viehfutterloschen bestimmt gewesen sei, wird regelmäßig ein strenger Nachweis zu fordern sein. Die Entscheidungspflicht über den Unfall des Arbeiters eines Fuhrunternehmers auf einem Jagelagerplatz bei der Abfuhr von Holz vernunflicht war, ist der Fuhrunternehmer-Vereinsgenossenschaft aufzuerlegt worden, weil der Lagerplatz außerhalb des Waldes lag und der Forstverwaltung nur angelegt war unterhalten wird, um den Fuhrleuten das Laden des aus dem Walde gekauften Holzes zu erleichtern und die damit verbundenen Folgen zu vermindern, ein forstwirtschaftlicher Betrieb sich dort somit nicht vollzog. Die Vertheilung eines einfachen Abzuggrabens ist nach Lage der Dinge ein einfacher § 1 Absatz 1 des landwirtschaftlichen Unfallversicherungsgesetzes fallende landwirtschaftliche versicherte Bauarbeit angesehen worden. Die Vereinsgenossenschaft darf die Zahlung an einem Berechtigten für die Folgen eines forstwirtschaftlichen Unfalls gewährten Rente während der Zeit einer zur Behebung der Folgen eines forstwirtschaftlichen Unfalls angeordneten Krankenhausbehandlung nicht einweisen.

Aus dem Reiche.

Anlässlich der Eröffnung der ersten elektrischen Vollbahn in Westpreußen zu Gießen wurde eine Delegation aus dem Kaiser abgesandt. Daraus an den Oberpräsident v. Goltz folgendes Antwort eingegangen: „Seine Majestät der Kaiser und Königin haben allerhöchst sich über die Verbindung von der Eröffnung der ersten elektrischen Kleinbahn mit elektrischem Betrieb

gefreut, lassen der Briesener Festversammlung für den Ausdruck unüberdlicher Treue beifens danken und eine gegenwärtige Weiterentwicklung der Kleinbahnweifen in der Provinz Westpreußen wünfchen. Auf allerhöchften Befehl geg. von Luanus, Geheimrer Kabinettsrat.“ — Ein **Kaiser Wilhelm II. Gedenktafel** ist jetzt in Remter der Marienburg angebracht worden. Die Tafel, durch den Wiltburger Profefor Behrend in Berlin künstlerisch in Bronze ausgeführt, enthält mit entfprechendem Hinweis in feiner Gravur die Rede des Kaisers, die er am 8. September 1894 in dem Hofschloffe gehalten hat. — Der Vizepräsident des Staatsminifteriums, **Finanzminister Dr. von Miquel** und der **Kultusminister Voffe** kehren heute von Danzig nach Berlin zurück. In Kurzem werden die beiden genannten Minifter in Gemeinfchaft mit dem Minifter des Innern von der Rede fih machen geben. — Der General der Infanterie **z. D. Rudolf v. Verden**, zuletzt Oberverner von Weß, ist gestern Mittag in Berlin im 75. Lebensjahre gestorben. — **Oberbürgermeister Ruid** in Sera legte wegen andauernder Streitigkeiten mit der Gemeindevetretung sein Amt nieder. — Die **Stadtverordnetenversammlung** des **Breislaus** beschloß gemäß der Vorlage des Magiftrats, für den diesjährige Etat 119 Prozent Kommunalsteuer und 138 Prozent Realsteuern zu erheben. — Die Polizeibehörden der Provinz Posen verboten den weiteren Verkauf von Uhren und Schmuckfachen mit dem **polnischen Reichsadler** und Inſchrift polnisch-nationalen Inhalts. — Zur möglichsten Vermeidung von Mißgriffen bei der **Ueberwachung von Versammlungen** hat die fächische Ministerium die Polizeibehörden durch die Kreisparlamentarier ernennen lassen. Es sei Pflicht der Behörden, bei der Auswahl mit der Ueberwachung von Versammlungen beauftragenden Beamten mit Vorſicht zu verfahren; man möge hierzu, wenn der Vorstand der Behörde nicht selbst dahin gehe, nur völlig geeignete juristische oder ältere Bureaubeamte verwenden, von dem unteren polizeilichen Exekutivpersonal aber in der Regel absehen. Ob die Ernennung beizutreten wird, daß von der Herausgabe des Vereinsrechts fortan keine Ausnahme zu melden find? — **Württembergische** Vertheidigten über einen fast unglücklich schiedenen **Fall von Virenfrautismus** folgt: Beim Exerzieren auf dem Kanstatter Wäfen kam ein Soldat der Stuttgarter Garnison so unglücklich zu Fall, daß er einen Beinbruch litt. Der Bataillonskommandeur requirirte sofort den Stuttgarter Sanitätsmagazin. Dieser wurde nach einer allgemeinen polizeilichen Untersuchung des Stuttgarter Polizeiamtes die

Deutschland.

Berlin, 5. April. Die Königliche Ord-
 den Generalleutnants Graf Dumenthal
 folgenden Wortlaut: „Ich entbinde Sie hier-
 in Folge Ihres Mir vorgebrachten Einberu-
 fisses von der Stellung als General-Insp-
 ektor der 3. Armees-Inspektion unter Befehl-
 des Chef des reitenden Selbstjägerkorps und
 magdeburgischen Füsilierregiments Nr. 36,
 à la suite des Garde-Füsilier-Regiments
 des 3. Thüringischen Infanterieregiments Nr.
 36, Ich habe, um das bisher von Ihnen be-
 zogene Gehalt für anderweitige Zwecke zum Nutzen
 der Armee verwandt zu machen und um Sie
 durch nach Möglichkeit nicht in Ihrem
 Einkommen zu beeinträchtigen, an das Kriegs-
 kassenamt verfügt, daß Ihnen vom 1. April
 ab die gleichzeitige Pension angetheilt
 und daß Ihnen außerdem von diesem Tage
 an ein Zuschuß zur Pension nach Maßgabe
 der Militär-Regulirung bezahlt werden soll. Indem
 Sie hiervon benachrichtigte, bemerke Ich,
 wenn Sie auch durch diese Verfügung in
 Verhältniß der Offiziere 3. D. treten, Sie
 noch die aktiven Dienstseigenen fortzutragen
 und auch ferner in der Anciennetabelle
 Generalität geführt werden. Auch habe
 Ich bestimmt, daß Ihr Sohn, der Major v. D-
 menthal, aggregirt dem obdenburgischen Drag-
 onen-Regiment Nr. 19, aus seinem Kommando
 Adjutant bei der 3. Armees-Inspektion in gl-
 cher Eigenschaft zum Chef des reitenden Selbst-
 jägerkorps übertritt. Ich darf erwarten, daß
 Sie in dieser, im Interesse der Armee
 des von der Hand zu weisenden Verfügung
 Meine Fürsorge für Sie und Meinen W-
 unsch, der Armee Ihren gefeierten Namen und
 Thätigkeit in der bisherigen Weise zu er-
 kennen werden.

— Die Zahl der außerordentlichmäßigen Festwibel und Wigewachtmeister, die aus den büßrühnen der unbesetzten Sekondientenants als Offizierdienstthuer unterhalten werden in Folge der sich immer mehr verringerte Zahl von unbesetzten Dientenantsstellen am April d. J. abermals herabgesetzt werden nachdem dies erst am 1. November v. J. geschehen war. Von den einzelnen Wassen kommt jetzt nur noch Infanterie und Train in Betracht bei den übrigen die „Managements“ der Sekondientenants aufgehört haben. Was die Infanterie soll vom 1. d. M. ab jedes Regiment mit hohem Etat nur noch 7 (bisher 8) den Wigewachtweibeln haben dürfen, jedes Regiment mit mittlerem Etat 6 (7) und mit niedrigerem 5 (6) sein.

Stat 5 (6). Im Ganzen sind für das Gard
korps noch 75 (86), für die übrigen Armeekorps
58—88 (68—103) festgesetzt. Beim Train sin
19 (bisher 36) Stellen vorgezogen, so daß au
jedes Bataillon 1 (bisher 2) Stelle entfällt.

— Wie die „Nat.-Lib. Corr.“ mittheilt, für den jetzt durch Herrn von Buchka besetzte Posten des Direktors der Kolonial-Abtheilung, erster Reihe der Zentrumsabgeordnete Prinz von Arenberg in Betracht gekommen; derselbe hat jedoch dankend abgelehnt.

— Vor Kurzem ging die Nachricht durch die Blätter, daß Kardinal Ropp an dem Zentrum Abgeordneten Dr. Porich ein Schreiben gerichtet habe, in welchem er die bekannte Erklärung der oberhessischen Geistlichkeit gegen das polnische Verbot „Katholik“ verdamme. Daraus ist nun der „Schlesischen Volkszeitung“ eine Erklärung Dr. Porichs zugegangen, der die Meldung des Lemberger Blattes für unwahr erklärt. Er hat seinen Brief des Kardinals, in welchem die Erklärung der oberhessischen Geistlichkeit gegen die „Katholik“ mißbilligt oder gar verbannt worden ist, nicht erhalten.

— Die aus Kwantchou vielfach gemeldeten Mittheilungen von Uebergriffen der chinesischen Bevölkerung werden von den „S. N. A.“ nicht erwähnt. Das Blatt versichert, daß alle diese Meldungen der Begründung entbehren, da irgend welche Nachrichten über Zwistigkeiten seitens des Gouvernements in Kwantchou hier an einer verständigen Stelle nicht eingetroffen sind.

— Die Hauptversammlung der Siedelungsgesellschaft für Deutsch-Südwestafrika hat nunmehr den Vertrag mit der Regierung genehmigt, nach welchem die Hälfte des der Gesellschaft zur Verfügung stehenden Landes, nämlich 20 000 Quadratkilometer, übertragene Fläche, also ein Areal von 10 000 Quadratkilometer der Regierung von der Gesellschaft gegen Erstattung der bisher aufgewendeten Kosten zur Verfügung gestellt wird. Dieser Beschluß ist, wie erinnerlich, dem Zweck, der Beschaffung eines Landes für die Siedelung der deutschen Bevölkerung des Landeshauptmanns von Deutsch-Südwestafrika, Major Leutwein, daß ihm nicht genügt, sein Land zur Ansiedlung ehemaliger Angehöriger der Schutztruppe zur Verfügung stehen, ein Ende bereiten.

— Im Interesse der vom Hochwasser schädigten hat der Eisenbahndirektor durch (Er) vom 31. v. M. angeordnet, daß gleich den wirtschaftlichen Bedarfsgegenständen, welche geschädigten Landwirthschaft der Provinzen Schlesien und Brandenburg aus eigenen Mitteln bezugs- und Brennmaterialien auf den Staatsbahnen unentgeltlich befördert werden sollen, insoweit sich um den Ersatz verbrauchter oder vernichteter Vorräthe von solchem Material handelt.

Schweiz.

Aus verschiedenen katholischen Antea-
tamen seit einiger Zeit Warnungen der
tamen fortwährenden Widertheile gegen
Wiedererwachen ultramontaner Unbilden
und eine außerordentliche Mäßigkeit der röm-
ischen Geistlichkeit. Mehrere zur allgeme-
ren Kenntniß gelangte Vorgänge bestätigen das
Ort und Stelle gemachten Wahrnehmung
denen man in der übrigen Schweiz anfan-
gen eine große Beachtung geschenkt hatte.
Wallaß wird offen gegen den Protestantismus
gepredigt, gegen den sich sogar der neu-
erliche Brief richtet. In Genf, im Tessin und
Freiburg das gleiche Vorhänd. In letztem
wurde neulich wieder einem dort verstor-
benen Protestanten eine anständige Beerdigung verwei-
gt. In Schaffhausen bot der Bischof bei einer Protestan-
tenversammlung den ganzen Klerus zur An-
erkennung der Vorlage. Ein ultramontanes
der Bischofsstühle, die „Liberté“, rüft die
bigen zur Sammlung und, da seine Parte-
materiellen und rein politischen Angelegen-
fortwährend unterliege, zur Fortsetzung
stumpfen auf dem Boden der konfession-
ellen Fragen. In gleichem Sinne schreibt ein
an Berner Jura. Es läge nahe, diese
wegung, an der nicht zu zweifeln ist und
einzelne Erscheinungen offenbar zusammenhan-
gen mit gewissen Vorgängen im Auslande in
bindung zu bringen, allein es mag zur
genügen, auf dieselbe bei Zeiten hingewiesen
haben als auf einen Beweis, wie wenig tie-
fer unsern sonst aufgestellten Bänden die Ag-
konfessionellen Kriege vergraben ist.

Kranfreich.

Paris, 4. April. General Willot er-
am 24. d. Mts. die militärische Alters-
er dürfte anlässlich seines Sterbens aus-
ativen Dienste zum Arme-Inspektor ern-
werden.

Als Roberto Zola die erfreuliche Bot-
von der Aufhebung seiner Verurtheilung
brachte, meinte Zola lächelnd: „Das ist
schönes Geburtsstagsgebiertag, denn ich feiere
grade meinen 55. Geburtsdag.“

Italien.

Rom, 4. April. Der „Tribuna“ zu ist heute der Vertrag über den Verkauf des der Werk von Orlando erbauten Kreuzers „Barese“ an Argentinien unterzeichnet worden. Auch gilt der Verkauf des auf der Schiffs von Ansaldo erbauten Kreuzers „Garibaldi“ Spanien für gewiß.

England

London, 4. April. In City-Kreisen herrscht großer Unwille gegen die fortgesetzt schwankenden amerikanischen Nachrichten. Die ganze Kammer der letzten Woche wird vielfach als verwerflich hinstellt. Börsenmandat gebrandmarkt.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 5. April. Der Minister Innern hat, wie wir schon meldeben, einen Bescheid veröffentlicht, worin er eine weitere Beaufsichtigung der Gefinvermietter anordnete. Als am letzten Abend das Obergerichtsgericht über einen Prozeß gegen eine Gefinvermieterin verhandelte, erschien auch ein Kommissar des Ministers in längerer Ausführung auf Unterseßung des Gewerbetreibenden an. Die Gefinvermieterin sollte Mähdn zum Verlassen des Dienstes angereizt, zu hohe Vermittlungsgebühren zu verlangen haben. Das Obergerichtsgericht erkannte dann auch im Gegenjak zu

der/gleb in einige Tage ausgelegten Bedingungen